

Rückmeldungen von Bürger:innen aus dem „Bürgerforum zur Ernährungsstrategie der Bundesregierung“ vom 27. – 29. Januar 2023

Einführung

Die in diesem Text zusammengestellten Inhalte stammen aus einem Bürgerforum vom 27. bis 29. Januar 2023, welches gemeinsam vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) sowie Umweltbundesamt (UBA) und Bundesumweltministerium (BMUV) organisiert wurde.

Der Zweck des Bürgerforums war es, Rückmeldungen zum Eckpunktepapier der Ernährungsstrategie der Bundesregierung von Bürger:innen aus der Mitte der Gesellschaft einzuholen. Etwa 30 eingeladene Bürger:innen nahmen an der Veranstaltung teil und diskutierten alle Aspekte des Eckpunktepapiers. Sie lieferten wichtige Anregungen für die weitere Erarbeitung der Ernährungsstrategie. Die Veranstaltung wurde anlässlich des Kabinettsbeschlusses des Eckpunktepapiers zur Ernährungsstrategie als Sondersitzung des [Bürgerinnen- und Bürgerratschlags „Nachhaltige Ernährung“](#) des BMUV und UBA organisiert. Der thematische Schwerpunkt des Bürgerinnen- und Bürgerratschlags „Nachhaltige Ernährung“ liegt auf Maßnahmen, die den Verzehr pflanzlicher Produkte steigern können. Der hierzu erarbeitete Maßnahmenkatalog zur Förderung pflanzenbetonter Ernährung wird im Rahmen der Abschlussveranstaltung im Herbst 2023 veröffentlicht.

Im Rahmen des „Bürgerforums zur Ernährungsstrategie“ konnten die Bürger:innen pro Themenbereich ihre Einschätzungen dazu geben a) welche Punkte des Eckpunktepapiers sie als positiv einschätzen, b) welche Aspekte ihnen jeweils noch fehlen und c) welche konkreten Maßnahmen sie für den jeweiligen Themenbereich vorschlagen. Zudem konnten sie zum Abschluss der Veranstaltung ihre Prioritäten zur Gesamthematik mitteilen.

1. Gemeinschaftsverpflegung

a) Was finden die Bürger:innen gut?

Die Erhöhung der Verpflegungsqualität in Gemeinschaftseinrichtungen sowie der Fokus auf Zugang und Chancengleichheit werden von den Bürger:innen begrüßt, ebenso wie die Bereitstellung von Leitungswasser in der Gemeinschaftsverpflegung. Auch die Betonung von Bio-, Regional- und Saisonal-Aspekten in der Verpflegung sowie die Stärkung pflanzlicher Alternativen und höherer pflanzlicher Anteile werden positiv bewertet. Das Förderprojekt Modellwettbewerbe und die Weiterentwicklung des EU-Schulprogramms finden ebenfalls Zustimmung, ebenso die Idee, durch ein gesundes Angebot in Schulen die Gesundheit zu fördern. Auch Mehrweg-Mitnahmemöglichkeiten werden begrüßt, solange dabei keine Plastikbehälter zum Einsatz kommen.

b) Was fehlt den Bürger:innen?

Im Abschnitt Gemeinschaftsverpflegung gibt es mehrere Aspekte, die von Bürger:innen als unzureichend empfunden werden. Ein Punkt ist die fehlende Klarheit bei den Zuständigkeiten für die Gemeinschaftsverpflegung. Ein Flickenteppich an Zuständigkeiten sollte vermieden

werden und sowohl öffentliche als auch private Anbieter einbezogen werden, um eine flächendeckende Versorgung zu gewährleisten.

Ein weiterer Aspekt, der von vielen Bürger:innen vermisst wird, ist die stärkere Berücksichtigung regionaler Unterschiede. Eine Ernährungsstrategie, die sich nur an den Bedürfnissen der städtischen Bevölkerung orientiert, wird den ländlichen Raum vernachlässigen. Hier müssen auch die Unterschiede in den Essgewohnheiten und Geschmäckern berücksichtigt werden. Außerdem sollen verschiedene Ernährungsformen stärker berücksichtigt werden, um die Bedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen zu erfüllen. Hierbei müssen realistische Prognosen für die Nachfrage und das Angebot nach gesundem und nachhaltigem Essen gemacht werden.

Die Entfernungen zwischen Küche und Verbraucher:innen sollten kurz sein, um den Transport von Lebensmitteln zu minimieren und so den ökologischen Fußabdruck zu reduzieren. Auch die Schulinfrastruktur sollte verbessert werden, um frisch zu kochen. Ein Pfandsystem für Behälter sollte eingeführt werden, um Müll zu reduzieren.

Ein weiterer Punkt ist die Einführung eines verpflichtenden Angebots vegetarischer und veganer Speisen, um das Bewusstsein für die Bedeutung einer pflanzenbetonten Ernährung zu fördern. Preisgarantien und finanzielle Anreize für vegetarische Speisen sollten eingeführt werden, um den Konsum von Fleischprodukten zu reduzieren.

Aus Sicht der Bürger:innen, ist es wichtig, dass die finanzielle Beteiligung des Bundes nicht nur auf Bildungseinrichtungen beschränkt wird. Die Kostenaspekte sollten hinsichtlich einer kostenlosen Verpflegung geklärt werden, auch in Bezug auf sozial schwache Familien. Es ist notwendig, mehr Sprachvermittlung anzubieten, um den Zugang zur Gemeinschaftsverpflegung zu erleichtern. Außerdem sollten auch außerhalb des Mittagessens Angebote wie eine Obstkiste für Kitas und Schulen geschaffen werden.

c) Welche Maßnahmen schlagen die Bürger:innen vor?

1. Schulen und Kitas sollen täglich eine kostenlose und gesunde Mahlzeit für jedes Kind anbieten.
2. Es soll ein Mehrwegmitnahmesystem entwickelt werden, das von allen Anbietern genutzt werden kann.
3. In allen öffentlichen Einrichtungen und in der Gastronomie soll kostenloses Leitungswasser angeboten werden (Beispielland: Schweden).
4. Es soll flächendeckend kostenloses Obst zum Verzehr in der Gemeinschaftsverpflegung angeboten werden.
5. In Kindertagesstätten und Schulen soll außerhalb des Mittagessens ein verpflichtendes, gesundes und nachhaltiges Verpflegungsangebot angeboten werden, z.B. eine Obstkiste.
6. Außer-Haus-Verpflegungsanbieter sollen verpflichtet werden, mindestens ein vegetarisches Gericht anzubieten, das günstiger ist als die Fleischgerichte.
7. In der Gemeinschaftsverpflegung sollen "fleischfreie" Tage eingeführt werden.
8. Es soll eine gesetzliche Verpflichtung zum Angebot veganer Speisen geben.
9. Vegetarische Gerichte in der Außer-Haus-Verpflegung sollten immer günstiger sein als Fleischgerichte, um die Auswahl gesünderer Mahlzeiten zu fördern.
10. Informationsmaterialien von Kindertagesstätten/Schulen sollten verständlich und an die Bedürfnisse der Familien angepasst sein (z.B. in verschiedenen Sprachen), um eine breite Zielgruppe zu erreichen.

11. Bei der Planung neuer Kantinen sollte auf mehr frische Küche und weniger Fertiggerichte geachtet werden und die entsprechende Infrastruktur eingeplant werden (z.B. jede Schule muss eine Schulküche haben, in der das Essen frisch gekocht werden kann).
12. Das Küchenpersonal sollte verpflichtend geschult werden, um eine bessere Kenntnis über vegetarische/vegane und saisonale/regionale Speisen zu erlangen.
13. Die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren in Schulen und Kindertagesstätten (z.B. Eltern, Catering) sollte gestärkt werden, um eine effektive Umsetzung der Maßnahmen zu gewährleisten.
14. Silos in den Zuständigkeiten bei Politik und Verwaltung sollten überwunden werden, um eine bessere Koordination der Maßnahmen zu erreichen.
15. Best-Practice-Beispiele aus anderen Ländern sollten übernommen werden, um bewährte Praktiken zu nutzen (z.B. Kopenhagen).
16. Bürokratische Hürden bei der Antragstellung für Unterstützung bei sozialen Härtefällen sollten vereinfacht werden, um finanzielle Unterstützung leichter zu beantragen.
17. Monitoring sollte verstärkt werden, um eine effektive Umsetzung und Evaluation der Maßnahmen zu gewährleisten.

2. Gestaltung der Konsumlandschaft und Präventionsstrukturen

a) Was finden die Bürger:innen gut?

Die Bürger:innen begrüßen, dass bekannte und bewährte Siegel Orientierung und Transparenz schaffen, und wünschen sich, dass deren Nutzung weiter ausgeweitet wird. Sie bewerten positiv, dass explizit der ökologische Fußabdruck in den Blick genommen wird und Greenwashing / Fehlinterpretationen durch die Verbraucher:innen vermieden werden sollen. Besonders wichtig ist den Bürger:innen die Einschränkung von Lebensmittelwerbung für Kinder. Die ineinandergreifenden Maßnahmen, insbesondere die Berücksichtigung von Preisen, die Regulierung von Inhaltsstoffen wie Zucker, Fett und Salz, und die Ansprache der Jugend über Social Media, werden von den Bürger:innen als wichtige Aspekte genannt.

b) Was fehlt den Bürger:innen?

Die Bürger:innen begrüßen zwar die Aussagekraft der bestehenden Siegel und Zeichen. Die Vielzahl der Siegel und ihre unterschiedliche Aussagekraft bergen allerdings auch das Risiko zu verwirren. Daher äußerten sie den Wunsch nach einem einzelnen, aussagekräftigen Siegel, das auch Nachhaltigkeitsaspekte eines Produkts abbildet. Zudem wünschen sie sich eine klarere Kommunikation über die Aussagekraft bestehender Siegel.

Zudem beklagen die Bürger:innen die vagen und wenig verbindlichen Formulierungen des Eckpunktepapiers und warfen die Frage auf, ob es einen Plan zur Reduktion von schädlichen (also ungesund und umweltschädlich hergestellten) Lebensmitteln gibt.

Hersteller sollten nach Möglichkeit entweder durch Vorgaben oder alternativ durch Anreize dazu gebracht werden, gesündere und nachhaltigere Lebensmittel zu produzieren. Außerdem sollten insbesondere großen Firmen strengere Vorgaben zur Werbung gemacht werden.

c) Welche Maßnahmen schlagen die Bürger:innen vor?

1. Die Bürger:innen wünschen sich steuerliche Anreize für eine gesunde und nachhaltige Ernährung: Die Mehrwertsteuer sollte für diese Lebensmittel (z.B. Obst, Gemüse und

- Hülsenfrüchte) gesenkt und für ungesunde bzw. nicht nachhaltige Produkte wie Fleisch, andere tierische Produkte, zuckerhaltige Lebensmittel und Alkohol erhöht werden. Dabei sollten nicht nur die Verbraucher:innen in den Blick genommen, sondern auch schon die Besteuerung der Hersteller mitgedacht werden.
2. Es soll ein Werbeverbot für ungesunde Lebensmittel (insbesondere mit der Zielgruppe Kinder) eingeführt werden.
 3. Die Präsentation von Süßigkeiten im Kassenbereich (die so genannte „Quengelzone“) sollte nach Auffassung der Bürger:innen verboten werden. Stattdessen sollten „Kinderkisten“ mit gesunden Produkten oder spielerische Angebote in der Gemüse-Abteilung eingerichtet werden.
 4. Krummes oder anderweitig optisch nicht ansprechendes Gemüse sollte vergünstigt angeboten und ansprechend vermarktet werden (z.B. als „Meisterstücke“).
 5. Um Orientierung zu bieten, empfehlen die Bürger:innen die Einführung eines aussagekräftigen, verpflichtenden und vor allem besser verständlichen Siegels, das Aspekte von Nachhaltigkeit und Gesundheit verbindet.
 6. Die Bürger:innen empfehlen, in der Sozialhilfe anstatt auf Geld auf Sachleistungen (z.B. Coupons für gesunde Bio-Lebensmittel) zu setzen.
 7. Um die Ernährungsstrategie inhaltlich weiterzuentwickeln, empfehlen die Bürger:innen, Best-Practice-Beispiele aus anderen Ländern zu übernehmen und in Deutschland einen Ideenwettbewerb durchzuführen.

3. Soziale Aspekte der Ernährung

a) Was finden die Bürger:innen gut?

Zum einen wird die Fokussierung auf Gemeinschaftsverpflegung positiv bewertet, da diese einen großen Einfluss auf das Ernährungsverhalten sozial schwächerer Schichten hat. Außerdem wurde es positiv angemerkt, dass soziale Aspekte wie unterschiedliche Einkommen und Bildungsniveaus in der Ernährungsstrategie behandelt werden. Es wird auch positiv bewertet, dass soziale Aspekte der Ernährung in einem eigenen Abschnitt behandelt werden und dass bestimmte Zielgruppen, wie Armutsgefährdete und Bildungsferne, gezielt berücksichtigt werden. Zudem wird begrüßt, dass der Fokus nicht nur auf monetäre Aspekte gelegt wird.

b) Was fehlt den Bürger:innen?

Im Abschnitt zu den sozialen Aspekten der Ernährung gibt es mehrere Aspekte, die von Bürgerinnen als unzureichend empfunden werden. Ein wichtiger Punkt ist der Einfluss der Werbung auf das Ernährungsverhalten, der aus Sicht der Bürger:innen nicht ausreichend berücksichtigt wird. Zudem werden in den Eckpunkten Alkohol, Nikotin und Zucker nicht explizit behandelt, obwohl diese einen großen Einfluss auf die Ernährung haben können. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Ursache für Preissteigerungen im Bereich der Lebensmittel, die nicht eingehend behandelt wird. Auch die Ursachen für Armut und ihre Auswirkungen auf die Ernährung werden aus Sicht der Bürger:innen nicht ausreichend berücksichtigt. Die Bürger:innen wünschen sich zudem Maßnahmen zur Förderung von Bio-Lebensmitteln, die in der Strategie nicht ausreichend behandelt werden, wie zum Beispiel Gutscheine für Obst und Gemüse.

c) Welche Maßnahmen schlagen die Bürger:innen vor?

1. Staatliche Akteure sollen mehr Informationen und Aufklärung über gesunde Ernährung verbreiten.
2. Einkommensschwächeren Bevölkerungsgruppen sollen Maßnahmen zur Bewusstseinsförderung für gesunde Ernährung angeboten werden.
3. Es soll stärkere Aufklärung und Werbung in Medien geben, sowie ein Werbeverbot für ungesunde Lebensmittel.
4. Ein Sprachstil soll angewendet werden, der fördert statt fordert, im Duktus "Sie können" statt "Sie sollten".
5. Eltern sollen weitergebildet und entlastet werden, um sicherzustellen, dass genügend Zeit zum Kochen zur Verfügung steht.
6. Das Angebot für gesunde Fertiggerichte soll erweitert werden.
7. Es soll eine Beschränkung der Höchstmengen von Salz und Zucker in relevanten Produktkategorien eingeführt werden.
8. Die Regierung soll ein verständliches Label für gesunde Lebensmittel einführen, z.B. durch Bilder oder Ampel-Symbole, und ggf. das bestehende System anpassen (nicht innerhalb der Produktgruppe vergleichen, wie der aktuelle Nutri-Score).

4. Bewegung fördern

a) Was finden die Bürger:innen gut?

Die Bürger:innen halten es für sehr sinnvoll, die Themen Ernährung und Bewegung zusammenzudenken. Sie begrüßen in diesem Zusammenhang vor allem die Zusammenarbeit des BMEL und BMG. Das Thema Bewegung sei wichtig und müsse stärker gefördert werden.

b) Was fehlt den Bürger:innen?

Den Bürger:innen fehlen Informationen zu Bewegungs- und Sportangeboten in ihrer Umgebung.

c) Welche Maßnahmen schlagen die Bürger:innen vor?

1. Zunächst braucht es aus Sicht der Bürger:innen eine Online-Plattform, auf der sämtliche Angebote zur Förderung von Bewegung zu finden sind. Die Plattform sollte eine Filterfunktion beinhalten, um lokale Angebote zu finden. Durch die Zusammenführung der Angebote über die Plattform wird auch ein Austausch von Best-Practice-Beispielen gefördert. Die Plattform sollte außerdem über Fernsehen, soziale Medien und öffentliche Aushänge beworben werden, damit die Angebote alle Menschen erreichen.
2. Fitnessstudios und Vereine sind häufig sehr teuer. Die Nutzung sollte für ökonomisch benachteiligte Menschen bezuschusst werden.
3. Grundsätzlich sollte es ein breiteres Angebot an Sport- und Bewegungsmöglichkeiten geben, das ohne viel Equipment auskommt und entsprechend günstig ist. So können sich auch einkommensschwache Menschen, Familien und Senior:innen die Angebote leisten. Die Angebote können digital ergänzt werden, z.B. mit Video-Anleitungen über YouTube.
4. Bestehende Sportangebote, z.B. in Vereinen, sollten stärker über die Schule bekannt gemacht werden. Es sollten auch mehr schulische Aktionen und Ausflüge mit Bewegung gefördert werden.
5. Die Bürger:innen plädieren dafür, mehr in Prävention zu investieren, z.B. Sturzprävention für Senior:innen.

6. Die Bürger:innen bemängeln, dass es zu wenig Plätze für Reha-Kurse gibt. Hier braucht es ein größeres Angebot an Kursen, auch unabhängig von festen Fitness-Studio-Verträgen.
7. Bike-Sharing sollte gefördert werden, auch für Betriebe. Eine Möglichkeit zur Förderung wäre, über das 49 € Ticket die Nutzung von Leihrädern kostenlos anzubieten.

5. Strukturen und Prozesse

a) Was finden die Bürger:innen gut?

Die Bürger:innen begrüßen die Absicht, verschiedene Ebenen zu bündeln und einheitliche Strukturen zu schaffen. Auch die Erkenntnis, dass die Zuständigkeiten komplex sind sowie der Austausch über Best Practices erscheinen ihnen wichtig.

b) Was fehlt den Bürger:innen?

Den Bürger:innen ist ein iteratives Vorgehen wichtig. Strukturen müssen entsprechend der Bedarfe immer wieder überprüft und angepasst werden. Außerdem betonen sie den Zeitdruck in der Sache und fordern schnelles Handeln.

c) Welche Maßnahmen schlagen die Bürger:innen vor?

1. Die Zusammenarbeit von Bund und Ländern ist aus Sicht der Bürger:innen zentral. Die Federführung sollte beim Bund liegen. Die Länder sollten jedoch zeitnah eingebunden werden. Die relevanten Akteure sollten miteinander und nicht gegeneinander arbeiten. Hierzu braucht es Dialog- und Feedbackformate, z.B. in Form eines runden Tisches zwischen Bund und Ländern. Auch die Bevölkerung sollte einbezogen werden, z.B. im Rahmen von Formaten wie dem Bürgerforum.
2. Zur Vernetzung aller Beteiligten braucht es eine gemeinsame Plattform (eine einheitliche Software für Bund, Länder und Kommunen). Im ersten Schritt sollte geklärt werden, wer am Projekt der Netzbildung beteiligt ist und welche Probleme es zu lösen gilt. Die Plattform sollte dann rollenbasiert für verschiedene Bereiche gestaltet werden: Für Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Bildungseinrichtungen, aber auch für Vertreter:innen von Pilotprojekten und der Zivilgesellschaft. Die Industrie sollte mit einbezogen werden, ohne den Einfluss von Lobbygruppen zu stark werden zu lassen. Auf der Plattform sollten Strukturen und Abhängigkeiten verständlich dargestellt werden, z.B. in Form einer Matrix. Bestimmte Bereiche der Plattform sollten auch für Bürger:innen transparent und einsehbar sein und entsprechend einfach und bürgerfreundlich gestaltet sein.

6. Monitoring und Forschung

a) Was finden die Bürger:innen gut?

Besonders begrüßt wird die Absicht, ein nationales Ernährungsmonitoring für Deutschland einzuführen, um Änderungen im Ernährungsverhalten zu erfassen und die Zielerreichung der Ernährungsstrategie zu überprüfen. Die Offenheit bei der Datenerhebung wird ebenfalls positiv bewertet, da dadurch innovative Konzepte ermöglicht werden. Des Weiteren finden die Bürger:innen es gut, dass die Ernährungsstrategie Ergebnisse evaluiert und bei Bedarf angepasst wird. Auch wird die stetige Forschung im Ernährungsbereich positiv angemerkt. Diese Aspekte geben den Bürger:innen das Gefühl, dass die Ernährungsstrategie auf eine evidenzbasierte Grundlage aufbaut und durch regelmäßige Überprüfung optimiert wird.

b) Was fehlt den Bürger:innen?

Den Bürger:innen fehlen in diesem Abschnitt klare Aussagen und Maßnahmen zur Datenerhebung und -verarbeitung. Es wird betont, dass Datenschutz und Transparenz bei der Datenerhebung und -verarbeitung besonders beachtet werden müssen. Aus Sicht der Bürger:innen sollen klare Standards zur Datenerhebung und -auswertung formuliert werden. Es wird außerdem diskutiert, dass eine visuelle Aufarbeitung von ernährungsrelevanten Daten durch Infografiken zur besseren Verständlichkeit in der Bevölkerung beitragen könnte. Es wird angemerkt, dass der aktuelle Stand des Monitorings und der Forschung zur nachhaltigen Ernährung derzeit nicht zentral erfasst wird und die Datenlage daher unübersichtlich sei. Die Notwendigkeit einer Berücksichtigung aller einschlägigen Forschungsergebnisse wird betont. Hier sollte die Ernährungsstrategie konkretisiert werden, um den Bedarf der Bürger:innen an Transparenz und klaren Handlungsleitlinien zu erfüllen.

c) Welche Maßnahmen schlagen die Bürger:innen vor?

1. Verstärkte Zusammenarbeit in der Forschung fördern, indem die Vernetzung und Koordination der Forschungseinrichtungen verbessert wird.
2. Die Forschungsk Kooperationen innerhalb der EU stärken, um gemeinsam an Lösungen für Probleme im Zusammenhang mit Ernährung und Nachhaltigkeit zu arbeiten.
3. Fördergelder für Forschungsvorhaben zu folgenden Themen bereitstellen: Soziale Gerechtigkeit, Umweltauswirkungen von Ernährung, Förderung nachhaltiger Ernährungsumgebungen, Erfassung des aktuellen Ernährungsverhaltens und nachhaltige Geschäftsmodelle für die Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie.
4. Die Einbeziehung von Daten aus Kantinen und dem Lebensmittelhandel ermöglichen, um ein umfassenderes Bild des Ernährungsverhaltens zu erhalten.
5. Einen Rahmenplan für die Datenerhebung und Auswertung erstellen, um Langzeitstudien zu fördern und einheitliche Standards zu etablieren.
6. Öffentlich zugängliche Datenbanken zum Ernährungsverhalten erstellen, um Forschung und Analyse zu erleichtern.
7. Die Daten visuell aufbereiten, um sie für Konsument:innen einfach zugänglich zu machen.
8. Standards zur Datenerhebung und -auswertung einführen, um die Qualität der erhobenen Daten sicherzustellen.
9. Mehr Zusammenarbeit mit der Wirtschaft anstreben und Unternehmen dazu verpflichten, relevante Daten zu teilen, da dort bereits wichtige Informationen zu Ernährung und Nachhaltigkeit vorliegen.

7. Nachhaltige Lebensmittelerzeugung und Versorgung

a) Was finden die Bürger:innen gut?

Die Bürger:innen begrüßen, dass die Bundesregierung in ihrem Eckpunktepapier ein klares Ziel für den Öko-Landbau nennt und die Bereitschaft zeigt, dieses wichtige Thema anzugehen. Insbesondere die Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten bewerten sie als positiven Aspekt.

b) Was fehlt den Bürger:innen?

Die Bürger:innen betonen, dass die langfristige und kontinuierliche Wirkung beschlossener Maßnahmen sichergestellt werden muss. Die Ziele der Maßnahmen müssten realistisch sein

und durch eine langfristige Verbindlichkeit vor dem Einfluss von Lobbygruppen oder eines eventuellen Regierungswechsels geschützt werden.

Zudem vermissen die Bürger:innen konkretere Richtlinien zur Tierhaltung. Insbesondere der Aspekt, dass manche Tierarten leichter nachhaltig zu halten sind als andere, wird als blinder Fleck des Eckpunktepapiers identifiziert.

Außerdem wünschen sich die Bürger:innen ein umfassendes Nachhaltigkeitsiegel, in das mehrere Nachhaltigkeitsaspekte einfließen.

c) Welche Maßnahmen schlagen die Bürger:innen vor?

1. Die Bürger:innen empfehlen die Einführung weniger, aber dafür einfacher verständlicher Nachhaltigkeitsiegel. Dadurch soll die Navigation durch den Siegel-Wald erleichtert werden.
2. Die Bürger:innen empfehlen eine engere Steuerung der Herstellung und des Konsums tierischer Lebensmittel. Dies soll über konkrete Leitlinien erfolgen, die langfristig die Erzeugung regeln sollen, sowie über preisliche Anreize für Verbraucher:innen, um den Konsum tierischer Produkte zu senken. Insgesamt sollen mehr vegane und vegetarische Angebote im Lebensmitteleinzelhandel platziert werden.
3. Die Bürger:innen empfehlen, klare Regeln einzuführen, welche die Transparenz in der Lebensmittelproduktion erhöhen.
4. Insgesamt soll die Landwirtschaft enger gesteuert werden: Die Bürger:innen empfehlen einen geringeren Anbau von Lebensmitteln, um Verschwendung zu verhindern. Zudem sollen regionale Wertschöpfungsketten stärker berücksichtigt und weiter gefördert werden. Der Anbau alter und samenfester Sorten soll gefördert werden. Durch Anreizstrukturen, z.B. eine vergünstigte Pacht für Bio-Landwirtschaft, sollen Landwirt:innen bewogen werden, auf Bio-Landwirtschaft umzustellen.
5. Aktuelle Subventionsprogramme, zum Beispiel für Futterpflanzen, sollen überprüft werden.
6. Die Parallelnutzung von Flächen, zum Beispiel als Weideflächen und Solarparks, soll gestärkt werden.

8. Reduzierung der Lebensmittelverschwendung

a) Was finden die Bürger:innen gut?

Die Bürger:innen heben vor allem die steuerlichen Erleichterungen für Spenden positiv hervor. Auch das Ziel, Lebensmittelabfälle bis 2030 zu halbieren, bewerten sie positiv.

b) Was fehlt den Bürger:innen?

Die Bürger:innen plädieren bei diesem Thema für eine volle Ausschöpfung der gesetzlichen Möglichkeiten. Ihrer Meinung nach reichen Appelle nicht aus, um die Lebensmittelverschwendung entsprechend der Ziele zu reduzieren. Auch der Markt wird das Problem nicht regeln. Es braucht daher staatliche Maßnahmen, die schnell umgesetzt werden. Zudem fehlen den Bürger:innen Regulationen für die Lebensmittelverschwendung in Restaurants, Kantinen und Hotels.

c) Welche Maßnahmen schlagen die Bürger:innen vor?

1. Auch „unperfekte“ Lebensmittel sollten im Handel angeboten, oder zumindest gespendet werden. Bestehende Güteklassen für Obst und Gemüse sollten überprüft werden. So können unnötige Abfälle bereits in der Landwirtschaft vermieden werden. Die Bürger:innen gehen davon aus, dass Konsument:innen durchaus bereit sind, auch Obst und Gemüse mit optischen Makeln zu kaufen.
2. Lebensmittel, deren Mindesthaltbarkeitsdatum zwar abgelaufen ist, die jedoch noch genießbar sind, sollten weiterhin zum Verkauf angeboten werden. Im Handel sollen deutlich sichtbare Bereiche zum Verkauf dieser Produkte eingerichtet werden. Lebensmittel, die dennoch nicht verkauft werden können, sollen gespendet oder vor Ort zur kostenlosen Mitnahme angeboten werden. Durch dieses Vorgehen wird das „Containern“ obsolet.
3. Die Bürger:innen fordern eine Informationskampagne zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung im privaten Bereich. Dabei sind eine leichte Sprache und der Einsatz von Bildern und Symbolen zentral. Alle Menschen sollen sich angesprochen fühlen, auch Personen, die kein Deutsch sprechen. Die Kampagne sollte unter anderem verdeutlichen, dass Produkte mit abgelaufenem MHD noch immer genießbar sein können.
4. Die Bürger:innen wünschen sich flexible Mengenkonzpte in der Außer-Haus-Verpflegung und im Lebensmitteleinzelhandel. In Kantinen sollten entweder verschiedene Größen, eine kleine Portion mit Option zum Nachnehmen oder Selbstbedienung angeboten werden. Reste sollten mitgenommen werden können. Außerdem sollten Unverpackt-Läden gefördert werden.

9. Ernährung bei besondere Verbrauchergruppen

a) Was finden die Bürger:innen gut?

Die Bürger:innen begrüßen, dass die besonderen Verbrauchergruppen berücksichtigt werden. Sie finden es sinnvoll, dass die Bundesregierung die Ernährungs- und Gesundheitssituation besonderer Verbrauchergruppen verstehen und sich des Themas auf einer wissenschaftlichen Basis annehmen will. Die Stärkung bestehender Organisationen und die enge Zusammenarbeit mit Sozial- und Migrant:innen-Verbänden beurteilen sie als sinnvoll.

b) Was fehlt den Bürger:innen?

Den Bürger:innen fehlen die Berücksichtigung von Diabetes-, Zöliakie- und Allergie-Patient:innen als besondere Verbrauchergruppen.

c) Welche Maßnahmen schlagen die Bürger:innen vor?

1. Um besonderen Verbrauchergruppen Ernährungskompetenzen zu vermitteln, sind Aktionen direkt bei den Zielgruppen nötig, zum Beispiel in sozialen Brennpunkten. Beispielsweise könnten Kochpat:innen zusammen mit Teilnehmenden einkaufen und kochen und so Ernährungskompetenzen bei diesen fördern.
2. Um junge Menschen zu erreichen, sollten Ernährungskompetenzen über Influencer:innen auf Social Media vermittelt werden. Zudem schlagen die Bürger:innen vor, über ein Botschafter-Programm junge Menschen zu Ernährungs-Botschafter:innen zu machen, an denen sich ihre Peers orientieren und ein Vorbild nehmen können.
3. Insbesondere Schulen sind ein wichtiger Anknüpfungspunkt, um junge Menschen zu erreichen. Die Bürger:innen empfehlen zum Beispiel die Durchführung einer Kampagne

zum Thema „Gesundes Essen“ an Schulen, die Ausweitung von Ganztagschulen mit gesundem Essen in den Kantinen und die Einführung von gesunden Produkten an Schulkiosken. Für ungesunde Lebensmittel, insbesondere Getränke, sollten außerdem strengere Altersbeschränkungen eingeführt werden.

4. Um ältere Menschen als Zielgruppe zu erreichen, sollten Sozialverbände, Anbieter wie „Essen auf Rädern“ oder die Krankenkassen eingebunden werden. Auf diesen Wegen können zum Beispiel Schulungsangebote zu ernährungsrelevanten Themen vermittelt werden.
5. Um sozial schwächere Gruppen zu erreichen, empfehlen die Bürger:innen ein verstärktes Angebot von Sachleistungen wie zum Beispiel Coupons/Wertmarken für gesunde Lebensmittel oder ein Bonussystem in Supermärkten, über das gesunde Ernährung belohnt wird.
6. Um die gesamte Bevölkerung zu erreichen, sollte eine angepasste Preisstruktur eingeführt werden, die gesunde und nachhaltige Lebensmittel attraktiver macht. Außerdem sollten die Aufklärung über und der Zugang zu gesundem Essen verbessert werden. Gesunde Lebensmittel, die kurz vor Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatum sind, sollen vergünstigt angeboten werden.

10. Ernährungsempfehlungen

a) Was finden die Bürger:innen gut?

Im Abschnitt Ernährungsempfehlungen bewerten die Bürger:innen die angestrebte Verbindung von Umwelt- und Gesundheitszielen in den DGE-Empfehlungen positiv. Auch die Berücksichtigung einer zeitgemäßen und zielgruppenspezifischen Kommunikation sowie die angestrebte stärkere strukturelle Verankerung der DGE-Empfehlungen wird begrüßt.

b) Was fehlt den Bürger:innen?

Den Bürger:innen fehlen in diesem Abschnitt konkrete Aussagen zu den Kriterien und Standards, die bei der Entwicklung der DGE-Empfehlungen angelegt werden. Darüber hinaus wünschen sich die Bürger:innen eine bessere Kommunikation der Ergebnisse, insbesondere der positiven Aspekte pflanzenbetonter und gesunder Ernährung, z.B. durch eine gezielte Ausbildung von Fachkräften für Ernährungsbildung oder auch durch die Vermittlung in der Werbung.

c) Welche Maßnahmen schlagen die Bürger:innen vor?

1. Die DGE-Empfehlungen sollen in Kindertagesstätten und Schulen sowie in weiteren Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung verpflichtend eingeführt werden.
2. Bei der Entwicklung der Empfehlungen sollen verschiedene Umweltaspekte nachvollziehbar priorisiert werden: Ist z.B. Regionalität oder biologische Produktion wichtiger?
3. Die Kommunikation der Ernährungsempfehlungen soll gefördert werden.
4. Es sollen Leitlinien für die Ausbildung von Ernährungsvermittler:innen entwickelt werden.

11. Ernährungskommunikation und -information

a) Was finden die Bürger:innen gut?

Die Bürger:innen begrüßen generell den Fokus auf Ernährungskommunikation und -information und heben hervor, dass diese notwendig ist, um Wissen weiterzugeben. Eine Informationskampagne für Verbraucher:innen wird positiv bewertet. Dabei befürworten die Bürger:innen den Fokus auf die Verbindung der beiden Dimensionen Nachhaltigkeit und Gesundheit sowie auf Aktualität und Verständlichkeit.

b) Was fehlt den Bürger:innen?

In diesem Handlungsfeld gibt es mehrere Aspekte, die den Bürger:innen unzureichend erscheinen. Es fehlt ein klares, einheitliches, ganzheitliches Gesamtkonzept zur Ernährungskommunikation (inkl. einer Verbreitungsstrategie) mit dem Ziel, die vorhandene Komplexität zu reduzieren. Dazu gehört nach Meinung der Bürger:innen die Einführung eines umfassenden Labels für alle Lebensmittel, das auch Nachhaltigkeitsaspekte abdeckt und z.B. auch eine Kennzeichnungspflicht für ungesunde Zutaten beinhaltet. Darüber hinaus sollten verschiedene, den Herstellungsprozess betreffende, Eigenschaften z.B. der Transport, durch dieses Label abgedeckt sein. Bei Informationen zur Gesundheit fehlt den Bürger:innen eine Berücksichtigung sowohl positiver als auch negativer Auswirkungen.

Zudem wurde hervorgehoben, dass auch die regelmäßige Anpassung der Informationsangebote an aktuelle Entwicklungen und die Bedürfnisse der Bevölkerung in der Ernährungsstrategie berücksichtigt werden sollte. In diesem Zusammenhang wurde auch eine Kopplung der Kommunikationsstrategie an die DGE-Empfehlungen vorgeschlagen.

c) Welche Maßnahmen schlagen die Bürger:innen vor?

1. Insgesamt soll mehr Transparenz geschaffen werden bei Inhaltsstoffen, Herstellungsprozessen und Produktionswegen von Lebensmitteln.
2. Es soll ein ganzheitliches Label für gesunde und nachhaltige Lebensmittel entwickelt werden, statt vieler verschiedener Label. Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt sollen einfach verständlich, z.B. anhand von Symbolen, vermittelt werden.
3. Der Nutri-Score soll überarbeitet werden, damit Produkte aus verschiedenen Produktgruppen besser vergleichbar sind.
4. Auf Lebensmittelverpackungen sollen Hinweise über die Nachhaltigkeit des Produktionsweges zu finden sein.
5. In Werbeprospekten sollen Lebensmittel als gesund oder ungesund gekennzeichnet werden.
6. Irreführende Werbung soll verboten werden.
7. Es soll eine Informationskampagne für Verbraucher:innen gestartet werden. Diese sollte auch die Eigenverantwortung und die Vorteile einer nachhaltigen und gesunden Ernährung hervorheben. Die Sprache der Kampagne sollte positiv, verständlich und motivierend sein, nicht belehrend oder verbotend.

12. Ernährungsbildung

a) Was finden die Bürger:innen gut?

Die Bürger:innen begrüßen, dass die Themen gesunde Ernährung und Nachhaltigkeit im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes auch im Bereich der Bildung zusammengedacht werden sollen. Auch die Vermittlung von Wissen zu ernährungsassoziierten Erkrankungen sowie zum positiven Einfluss einer gesunden Ernährung auf Lebensqualität und Alter wird als wichtiger thematischer Schwerpunkt hervorgehoben. Insbesondere die frühkindliche und Schulbildung wird von den Bürger:innen als wichtiger Aspekt wahrgenommen, da Ernährungsgewohnheiten und -verhalten in der Kindheit und Jugend geprägt werden. Auch die Einbindung von Akteur:innen in der Kinder- und Jugendhilfe wird als wertvoll hervorgehoben.

b) Was fehlt den Bürger:innen?

Den Bürger:innen fehlt in diesem Abschnitt ein Bekenntnis zur Dringlichkeit des Themas Ernährungsbildung verbunden mit klaren Zeitangaben für das Erreichen der formulierten Ziele. Auf Grund dieser Dringlichkeit sollte nach Ansicht der Bürger:innen eine stärkere Verantwortungsübernahme für das Thema Ernährungsbildung auf Bundesebene stattfinden. Im Hinblick auf die adressierten Zielgruppen fehlt den Bürger:innen die Erwähnung der Gesamtbevölkerung, statt der Fokussierung auf Migrant:innen und soziale Brennpunkte. Der Zusammenhang zwischen Ernährung und Gesundheit könnte nach Ansicht der Bürger:innen noch stärker hervorgehoben werden.

c) Welche Maßnahmen schlagen die Bürger:innen vor?

1. Es soll ein Pflichtfach (nachhaltige) Ernährungsbildung in der Schule eingeführt werden.
2. Thematisch soll in der Ernährungsbildung der Fokus auf der Verknüpfung von klimarelevanten Aspekten und gesunder Ernährung sowie der Wertschätzung von Lebensmitteln liegen.
3. In der Ernährungsbildung sollen praktische Komponenten, z.B. durch Schulküchen, gefördert werden. Dazu sollte der Bau von Schulküchen und gemeinsamen Essplätzen gefördert werden.
4. In Schulkiosken sollen verpflichtend gesunde Lebensmittel angeboten werden.
5. Ernährungsbildung soll ein Fokus in der Lehrer:innenausbildung sein.
6. Eltern sollen von Beginn an bei der (nachhaltigen) Ernährungsbildung miteinbezogen werden.
7. Für die Ernährungsbildung sollen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden (z.B. für externe Ernährungsberater:innen, die an Schulen gehen).
8. Ernährungsräte und andere zivilgesellschaftliche Initiativen sollen gefördert und in politische Prozesse miteinzogen werden. Diese Beteiligung soll strukturell verankert sein.
9. Initiativen von Unternehmen, die sich im Bereich Ernährungsbildung engagieren, sollen unterstützt werden.
10. Bereits bestehende Angebote (z.B. Ernährungsräte, zivilgesellschaftliche oder unternehmerische Initiativen) sollen bekannter gemacht werden.
11. Es soll ein Werbeverbot für ungesunde Lebensmittel (insbesondere mit der Zielgruppe Kinder) eingeführt werden.

13. Was ist den Bürger:innen besonders wichtig?

Im Anschluss an die Diskussionen zu den einzelnen Themenbereichen hatten die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, die aus ihrer Sicht wichtigsten Punkte zur Gesamthematik der Ernährungsstrategie einzubringen. Die genannten Punkte sind im Folgenden zusammengeführt.

1. Schnelle Umsetzung von Maßnahmen

Die Bürgerinnen und Bürger betrachten nachhaltige Ernährung und die Ernährungsstrategie der Bundesregierung als eine zentrale politische Aufgabe, die mit hoher Priorität entwickelt und umgesetzt werden sollte. Sie drängen auf eine schnelle Entscheidungsfindung und Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen und fordern die Bundesregierung auf, das Thema nachhaltige Ernährung effektiv anzugehen.

2. Priorisierung von Maßnahmen mit hoher Umsetzbarkeit

Bei der Auswahl von Maßnahmen sollten solche mit hoher Umsetzbarkeit priorisiert werden. Zudem sollte darauf geachtet werden, dass Lobbygruppen nicht zu viel Einfluss erhalten. Maßnahmen sollten zudem insbesondere die Interessen von Kindern berücksichtigen.

3. Starke Vernetzung und klare Ziele

Für die Umsetzung der Maßnahmen ist es wichtig, dass eine starke Vernetzung zwischen allen beteiligten Akteur:innen besteht, damit alle gemeinsam an einem Strang ziehen. Es sollte zudem eine Kernbotschaft formuliert werden, die bei der Umsetzung aller Maßnahmen nach außen getragen wird. Dabei sollte vermieden werden, in Schwarz-Weiß-Denken zu verfallen. Die Bundesregierung sollte darüber hinaus Etappenziele und Erfolgsfaktoren formulieren – beginnend mit dem Startpunkt und aufbauend auf erfolgreichen Ergebnissen, um einen klaren und kohärenten „Fahrplan“ zu entwickeln.

4. Besonders wichtige Themen und Maßnahmen

Im Bereich der Gemeinschaftsverpflegung sollten revolutionäre bzw. transformative Veränderungen angestrebt werden, insbesondere durch die Förderung pflanzenbetonter Ernährung. Die Bundesregierung sollte mehr nachhaltige, pflanzliche (vegetarische und vegane) Gerichte in der Gemeinschaftsverpflegung anbieten, gegebenenfalls unterstützt durch ein Nachhaltigkeitszertifikat des Bundes. Um Chancengleichheit zu gewährleisten, sollte ein qualitativ hochwertiger und nachhaltiger Zugang zur pflanzenbetonten Kita- und Schulverpflegung ermöglicht werden, einschließlich kostengünstiger und nahrhafter Mahlzeiten für alle Kinder und Jugendlichen, bzw. eine kostenlose Mahlzeit pro Kind und Tag für Schulen mit Ganztagsklassen.

Im Bereich Bildung sollte die Ernährungs- und Bewegungsbildung gestärkt werden, um das Bewusstsein der Verbraucher:innen für nachhaltige Ernährung zu fördern. Eine Möglichkeit hierfür könnte ein Schulfach "Nachhaltigkeit" sein, welches insbesondere auch Ernährung thematisiert. Zusätzlich sollte eine allgemeine Aufklärung zu gesunder Ernährung erfolgen, unter Berücksichtigung von Umweltaspekten. Des Weiteren ist eine Einschränkung der Werbung, die sich an Kinder und Jugendliche richtet, wünschenswert. Eine EU-weite, öffentliche Sammlung von Daten zum Thema Nachhaltigkeit und Ernährung sollte ebenfalls in Erwägung gezogen werden.

Im Lebensmitteleinzelhandel sollte einheitlich ein Mehrwegsystem für Lebensmittelverpackungen und ein einheitliches Label für pflanzliche und gesunde Ernährung eingeführt werden. Darüber hinaus sollten Maßnahmen zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung schnell umgesetzt werden.

Über alle Themenbereiche hinweg sollte das Ziel von Maßnahmen sein, gleiche und faire Gesundheitschancen für alle zu schaffen. Veränderungen können durch Bepreisungsmaßnahmen oder andere Anreize unterstützt werden, ebenso wie durch die Gestaltung von Konsumumgebungen. Ein Fokus auf Qualität und Gesundheit könnte die Umsetzung von Veränderungen erleichtern.